Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Bezugspreise: bis monatlich einschließlich Bringerlohn 2,70 RM. Postbezug 2,70 RM (zuzüglich 81 Pf. Postgebühren). Postversandpreis 2,70 RM. Anzeigenannahme: „Das Inserat" Allg. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 1, Tel. 17 853. Postscheck Dresden 20 845. Redaktion und Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 1, Tel. 17 230. Bezugspreise: bei Haus monatlich 2,30 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2,30 M. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Otto Bäbel, Dresden; Ausland: Alfred Neubrich, Berlin; Lokales und Sachsen: Erich Gerlach, Dresden; Inserate: Fritz Richter, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 1, Tel. 17 230, Postscheck Dresden 20 845

8. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 8. Dezember 1932 — Nummer 280

Blutige Nazi-Provokationen im Reichstag!

Die Nazi-Kapitalsknechte prügeln auf Tribünenbesucher ein . Reichsgerichtspräsident von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten zum Stellvertreter Hindenburgs befördert . Die Kommunisten rufen zum Massenkampf!

Her zu den Fahnen der Einheitsfront-Aktion!

Berlin, 8. Dezember 1932

Nachdem die SPD-Fraktion in der Eröffnungssitzung des Reichstages zusammen mit den Nazis und den übrigen Parteien den kommunistischen Antrag niederstimmte, welcher die sofortige Behandlung des kommunistischen Mißtrauensvotums gegen die Schleicherregierung verlangte, steigerten die Nazis ihre Tolerierungspraxis in der gestrigen Reichstagssitzung zu blutigen Provokationen.

Die Nazis prügelten gestern auf die zusammen mit der KPD-Fraktion gegen Hindenburg demonstrierenden Tribünenbesucher ein, die vor den hinterhältigen, überfallartigen Angriffen der Nazis durch die kommunistischen Abgeordneten tatkräftig geschützt wurden.

Während der nach diesen von den Nazis provozierten Zwischenfällen fortgesetzten Reichstagsverhandlung erhoben die Kommunisten einen flammenden Appell zum Massenkampf gegen das kapitalistische Notverordnungssystem.

Die Nationalsozialisten hatten einen Gesetzentwurf eingereicht, der in der Richtung der Weiterentwicklung und der Vorbereitung der faschistischen Diktatur liegt und durch dessen Behandlung sie sich außerdem vor der Stellungnahme zum kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Schleicherregierung drücken wollen. Diesem selben Zwecke, nämlich der möglichsten Verzögerung des von den Kommunisten gestellten Mißtrauensantrages, dienen ja auch die sozialdemokratischen Anträge, die der SPD sowieso lediglich als Basis für ihre betrügerischen Manöver dienen sollen.

Da alle diese Manöver bei der bündigen Stellungnahme zum kommunistischen Mißtrauensantrag offensichtlich würden, ist deshalb die Absicht der Nationalsozialisten und auch der Sozialdemokraten immer deutlicher darauf hinaus zu einer Vertagung des Reichstages zu kommen, ohne vorher zu den kommunistischen Mißtrauensanträgen Stellung nehmen zu müssen.

In dieser Linie lagen auch die gestern von den Nationalsozialisten unternommenen ungeheuren Provokationen, mit denen sie diese Tolerierungspraxis für die Schleicherdiktatur steigerten, als während der Beratung der

Gesetzentwürfe der Nazis, in welchen die Stellvertretung des Reichspräsidenten durch den Reichsgerichtspräsidenten gefordert wird,

der Genosse Schneller die in diesen Gesetzentwürfen zum Ausdruck kommende Absicht der weiteren und schärferen Faschisierung anprangerte, brachten die Arbeiterbesucher der Tribüne bereits demonstrativen Beifall zum Ausdruck.

Dieser Beifall steigerte sich schließlich zu kräftigen Niederufen gegen Hindenburg, als Genosse Schneller diesen Unterzeichner aller Notverordnungen Brünings und Papens entsprechend charakterisierte und seine Rolle bei der Durchführung des Hungerplanes mit scharfen Worten kennzeichnete.

Die Nazis versuchten die Tribünenbesucher, welche in die Niederufe eingestimmt hatten, hinauszudrängen, wobei diese Kapitalsknechte auf die Tribünenbesucher losprügelten. Die kommunistischen Abgeordneten sorgten auf proletarische Art für den tatkräftigen **Schutz der Arbeiterbesucher der Tribüne**, wobei unter anderem der Naziabgeordnete Lutze mit einer erheblichen Beule am Kopfe davontrat.

Schließlich scheiterte jeder von den Nazis unternommene Versuch, unsere Genossen Abgeordneten vom Schutz der Tribünenbesucher abzuhalten ebenso, wie ihre Absicht, durch eine Ausdehnung der Schlägerei den Reichstag auffliegen zu lassen und sich auf diese Weise vor der Stellungnahme zu den kommunistischen Mißtrauensanträgen drücken zu können. Im weiteren Verlauf der Reichstagsverhandlungen wurde schließlich

der Reichsgerichtspräsident von der ganzen Schleicherfront, nämlich von den Nazis bis zur SPD zum Stellvertreter Hindenburgs befördert.

Darin kommt die Unterstützung der weiteren Faschisierung durch die Sozialdemokraten in ganz eindeutiger Weise zum Ausdruck. Auch die Tatsache der gemeinsamen Tolerierung der Schleicherdiktatur durch Nazis und Sozialdemokraten findet in der

Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Gesetzentwürfen der Nazis

ihren beredten Ausdruck. Nach der Abstimmung über diese Gesetzentwürfe gingen die Verhandlungen weiter über die Anträge gegen die Notverordnungen. Während die Nazis und SPD sich in ihren „Forderungen" auf die **Abschwächung** einzelner Teile der Notverordnungen beschränkten, forderten die Kommunisten **Aufhebung** aller Abbaudiktate Hindenburgs und Papens.

Schweres Explosionsunglück

Das ist die Rüstungshölle Premnitz

In diesem IG-Farbenwerk ereignete sich das Explosionsunglück. Das auf dem Bilde sichtbare Dach flog in die Luft.

12 Arbeiter tot ...

Gestern vormittag, 9 Uhr, ereignete sich in einem Betrieb der IG-Farben, in Premnitz, in einer der bedeutendsten Kriegsrüstungshöllen, ein furchtbares Explosionsunglück. Mauern von 1 bis 2 Meter Durchmesser wurden durchbrochen. Das Dach der Fabrikation flog in die Luft. Unter den zusammenbrechenden Mauern wurden 15 Arbeiter begraben. Bis in die Nachmittagsstunden wurden 12 auf ungeheuerliche verstümmelte Arbeiter tot aus den Trümmern geborgen.

Die 2300 Mann starke Belegschaft und die gesamte Bevölkerung von Premnitz ist in größter Erregung. Die Tore zum Werk sind abgesperrt. Als die sofort herbeigeeilten kommunistischen Landtagsabgeordneten Vallet, Casper und Schwerd sofortigen Einlaß begehrten, wurden sie von der Werkspolizei gewaltsam daran gehindert. Die gesamte Belegschaft ist über die Ursache des Unglücks und über die volle Schuld der Direktion einer Meinung. Die Direktion läßt erklären, daß die Ursache des Unglücks eine explodierte Sauerstoffflasche sei. Nach einmütiger Meinung der Arbeiter kann aber die Explosion einer solchen Flasche nicht diese furchtbaren Folgen haben, vielmehr wird betont, daß in derselben Station Schießbaumwolle oder Pulver gelagert hat und daß es bei Schweißarbeiten zur Explosion kam.

Kommunistische Reichstagsfraktion klagt die Schuldigen an

Berlin, 8. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die Explosionskatastrophe in der Kriegsrüstungshölle der IG-Farben in Premnitz nahm die kommunistische Reichstagsfraktion sofort zum Anlaß, in der gestrigen Reichstagssitzung für die unglücklichen Opfer einzutreten.

Sie verlangte die Untersuchung mit zum Teil den Belegschaft gemästeten Vertrauensleuten, die Uebernahme der Beerdigungs- und Bestattungskosten für alle Opfer sowie Zahlung einer lebenslänglichen Rente für die Witwen und unterhaltspflichtigen Familienangehörigen.

In dem Augenblick, wo unsere Genossen die Schuldigen an der Katastrophe anprangerten, griffen die [illegible] schutzlose Agenten des großkapitalistischen IG-Farben-Konzerns. Sie brachen in „Schieb"-Rufe aus und versuchten durch Lärmszenen. Die Kommunisten sagen trotzdem durch, daß die Nazis auch auf die gestrige Tagesordnung gesetzt wurden.

Rotationsmaschine der „Roten Fahne" erneut versiegelt

Berlin, 8. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern erschienen Kriminalbeamte in den Räumen der Roten Fahne und nahmen wieder eine Versiegelung der erst vor kurzem freigegebenen Rotationsmaschine vor. Die Polizei erklärte, diese Maßnahme erfolge, weil angeblich ein Schulungsmaterial über das 12. Efki-Plenum auf der Rotationsmaschine gedruckt worden sei und das Material hochverräterischen Inhalt habe.

Genossen! Arbeiter! Protestiert in den Betrieben, an den Stempelstellen, in allen Organisationen gegen die immer schärfer werdende Knebelung der revolutionären Presse! Die faschistische Schleicherdiktatur, gestützt von der SPD und den Nazis — wie das im Reichstag wieder deutlich zum Ausdruck kam — will die Stimmen der Hungernden und Unterdrückten ersticken!

Gegen diese Knebelung muß der schärfste Kampf geführt werden. Wir werden mit dem Massenverrieb unserer Sonderzeitung am Sonnabend antworten!

Am Sonnabend unsere Arbeiterstimme — die Sondernummer über „14 Jahre KPD" mit dem ausführlichen Bericht vom 3. Bezirksparteitag — in alle Betriebe, vor alle Stempelstellen, in jede Arbeiterwohnung.

Organisiert den Massenvertrieb, die verstärkte Abonnentenwerbung als Antwort auf Verbote und Knebelung!